

«Minarette ja oder nein?» – Streitgespräch zwischen einem Politiker und einem Missionar

«Der Machtanspruch des Islam ist völlig klar»

Kann und soll man Minarette in der Schweiz verbieten? «idea Spektrum» lud den St. Galler SVP-Politiker Lukas Reimann (pro) und den Zürcher Missionsleiter Martin Voegelin (kontra) zum Streitgespräch.

idea: Herr Reimann, was haben Sie gegen kirchliche Bauten?

Lukas Reimann: Grundsätzlich überhaupt nichts. Im Gegenteil: Kirchliche Bauten gehören zu unserem Land. Die Frage ist nur, aus welcher Kultur sie kommen. Bei den Minaretten ist es für mich klar, dass das keine kirchlichen Bauten sind. Sie sind Ausdruck eines Machtanspruchs und nicht nötig, um den Glauben auszuüben.

Herr Voegelin, Sie und Ihre Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Allianz haben wenig Verständnis für politische Kampagnen gegen Minarette. Doch im Volk gibts viele Vorbehalte.

Martin Voegelin: Wir müssen diese Vorbehalte sicher aufnehmen. Die Frage ist, ob wir sie eher verstärken oder abschwächen sollen. In unserer Erklärung halten wir fest, dass die Diskussion rund um die Minarette geführt werden muss. Dabei geht es aber nicht nur um die Minarette, sondern darum, wie wir mit der multireligiösen Gesellschaft umgehen.

Herr Reimann, was haben Sie gedacht, als Sie die Erklärung der AGIK, der Arbeitsgemeinschaft für interkulturelle Zusammenarbeit, zum Bau von Minaretten, lasen?

Reimann: Ich habe im Internet nach der ganzen Erklärung gesucht und war dann geschockt. Ich fand sie auf der Seite der islamischen



Politiker gegen Missionar: Lukas Reimann (links) und Martin Voegelin beim Streitgespräch über Minarette.

Gemeinschaft «Milli Görüs», die vom Verfassungsschutz besonders beobachtet wird. Sie lehnt unsere Gesellschaftsordnung als «nichtige Ordnung» ab. Für mich ist es problematisch, wenn eine Erklärung von einer solchen Organisation als Propaganda genutzt werden kann.

Was stört Sie inhaltlich?

Reimann: Vieles hat zu wenig Aussagekraft. Aus meiner Sicht wären Christen aufgefordert, gegen die Islamisierung unserer Gesellschaft anzutreten und für ihre Werte einzutreten. Die Islamisierung sei eine Bereicherung unserer Kultur: So kam die Erklärung bei mir an. Christen sollten sich nicht vor den Karren der Muslime spannen lassen! Mir gehts überhaupt nicht um den politischen Kampf. Ich bin überzeugt, dass Europa und unser Land bedroht sind, weil wir nicht mehr zu unseren Werten stehen.

Überrascht von dieser Reaktion, Herr Voegelin?

Voegelin: Nicht wirklich. Wir haben viele Reaktionen erhalten.

Die eine Hälfte war dankbar für den Denkanstoss, wie sie an die Minarettfrage herangehen sollen. Die andere Hälfte war kritisch oder empört. Einige warfen uns vor, die Sache zu verharmlosen.

Wie sollen Christen mit der Minarettfrage umgehen?

Voegelin: Die Islamisierung ist ein Fakt. Wir reden auch nicht von einer kulturellen Bereicherung. Wir reden von einer Chance für Christen, wenn sie sich klarer positionieren. Wir haben es mit zwei völlig verschiedenen Denkweisen zu tun: der westlichen und der orientalischen/islamischen. Im Westen gehen wir individualisiert an religiöse Fragen heran. Im Islam sind das Individuelle und das Kollektive, aber auch die Religion und die Politik eine Einheit.

Die unterschiedlichen Denkweisen als Kernproblem?

Reimann: Ganz genau! Die Werte in der christlich-jüdischen Kultur und diejenigen in der islamischen Kultur sind völlig unterschiedlich und nicht vereinbar. Wenn wir nun Minarette, Gebetsaufrufe, islamische Friedhöfe und alles andere einfach zulassen, lösen wir keine Probleme. Wer unbedingt den Gebetsaufruf hören will, ist völlig frei, nach Teheran auszuwandern. Minarette sind weitere Schritte zur Islamisierung.

Doch unsere Verfassung garantiert die Religionsfreiheit.

Reimann: Ich bin ganz klar für die Religionsfreiheit. Muslime

sollen hier ihre Religion ausleben können. Ich bin aber gegen einen Missbrauch der Religionsfreiheit. Das ist dann der Fall, wenn eine Religion Sonderrechte einfordert und Machtansprüche verfolgt. Wenn Muslime Ehrenmorde und die Steinigung gutheissen, wie das in Genf geschehen ist, dann hat das mit unserer Rechtsordnung nichts mehr zu tun.

Sehen Sie die Gefahr einer Parallelgesellschaft, Herr Voegelin?

Voegelin: Diese Gefahr besteht durchaus. Darum sagen wir, dass bei Minaretten oder Friedhöfen unsere Rechtsordnung gewährleistet sein muss. Gerade aufgrund der Bundesverfassung haben wir doch keine Möglichkeit, Minarette zu verbieten, wenn sie im Rahmen der örtlichen Bauvorschriften gebaut werden. Ich bin auch nicht glücklich über Minarette, aber man soll die muslimische Gemeinschaft rechtlich mit den gleichen Massstäben behandeln wie andere Gemeinschaften auch.

Auch auf die Gefahr hin, dass die Islamisierung weiter fortschreitet?

Voegelin: Der Begriff «Islamisierung» verallgemeinert zu sehr. Das Wort Islamisierung verbinden wir schnell mit Radikalisierung. Ich befürchte, dass die gemässigten Kreise radikalisiert werden, wenn wir nicht vermehrt differenzieren. Dass das Konzept des Islam aber einen Machtanspruch beinhaltet, ist völlig klar.

Diesen Machtanspruch wollen Sie mit einem Verbot von Minaretten stoppen, Herr Reimann?

Reimann: Wir sind ein christlich-abendländisch geprägtes Land. Diese Kultur soll in der Schweiz Vorrang haben. Sonst nehmen wir in Kauf, dass wir unser Wertesystem immer mehr dem Islam anpassen müssen. Der Kampf gegen Minarette ist nur ein Teil. Der andere ist die ganze Einwanderungspolitik. Wir müssten die Leute schon bei der Einwanderung fragen: Wie haltet ihr es mit unseren Werten und unserer Bundesverfassung? Ein weiterer

Baldiger Start einer Volksinitiative

Seien wir ganz realistisch: Können wir Minarette verhindern?

Lukas Reimann: Wir bereiten in der «Egerkinger Gruppe», in der sich die Minarett-Gegner aus Langenthal, Wangen und Wil vereinigt haben, eine Volksinitiative vor. Sie wird im Frühjahr lanciert. Wir bezwecken, dass die Religionsfreiheit nicht missbraucht werden kann, um

Machtansprüche zu statuieren oder die Rechtsordnung zu umgehen. Da sehe ich grosse Chancen.

Martin Voegelin: Ich kann mir vorstellen, dass eine solche Initiative Chancen hat. Aber wenn wir damit Minarette verbieten, verschieben wir das Problem der Islamisierung nur. Die Folge wird nur mehr Polarisierung sein.